

Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden

Die auf teilweiser Grundlage aufgebauten deutschen Organisationen zur Förderung des Friedensgedankens und der Völkerverständigung, der schon seit Jahren mit Erfolg arbeitende Friedensbund Deutscher Katholiken und die evangelische Deutsche Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, zu denen in der letzten Zeit noch ein „Jüdischer Friedensbund“ getreten ist, haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden“ zusammengeschlossen.

Die Arbeitsgemeinschaft erlöst folgenden Aufruf an die Öffentlichkeit: „Die Hoffnung auf baldige Verständigung der Völker und auf Herstellung eines dauernden Friedenszustandes beginnt einer wachsenden Enttäuschung und Sorge um die Zukunft Platz zu machen. Als Zeugen des Weltkrieges sind wir den kommenden Geschlechtern dafür verantwortlich, daß er sich nicht in laienhafter Selbsterleuchtung seiner Vernichtungsgewalt wiederholt.“

Die Arbeitsgemeinschaft erlöst folgenden Aufruf an die Öffentlichkeit: „Die Hoffnung auf baldige Verständigung der Völker und auf Herstellung eines dauernden Friedenszustandes beginnt einer wachsenden Enttäuschung und Sorge um die Zukunft Platz zu machen. Als Zeugen des Weltkrieges sind wir den kommenden Geschlechtern dafür verantwortlich, daß er sich nicht in laienhafter Selbsterleuchtung seiner Vernichtungsgewalt wiederholt.“

Deutsche Volkspartei und Arbeitslosenversicherung

Der „Vorwärts“ bekräftigte sich kürzlich mit der Arbeitslosenversicherung. Er erklärt dazu, im Augenblick sei die Beitragsfrage die brennendste.

Die „Nationalliberale Correspondenz“, das Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt zu dieser Frage: „Es erscheint erforderlich, auf diese Darlegungen des „Vorwärts“ einzugehen. Bekanntlich werden jetzt die interfraktionellen Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung begonnen.“

Der Paragraph 218 im Ausschuß

Stellungnahme des Zentrums

Der Ausschuß für das Reichsstrafgesetzbuch legte heute die Beratung der Bestimmungen über die Abtreibung vor.

Abg. Dr. Jüssen (Wp.) begrüßt besonders die Erklärung des Ministers, wonach die Reichsregierung über die Bestimmungen des Entwurfs hinausgehende Abweichungen ablehnen müsse. Er tritt im übrigen den Erwägungen und Begründungen bei, die bereits von anderer Seite für die Ablehnung weiterer Strafminderungen vorgebracht wurden.

Abg. Frau Kunert (So.) wirft der Partei des Vorredners vor, insofern gegen den Kinderreichtum aufzutreten zu sein, als die Hausbesitzer kinderreiche Familien nicht gern aufgenommen hätten. Die Arbeiter aber hätten früher den Arbeitern geraten: „Schafft euch nicht soviel Kinder an!“

Abg. Dr. Sellpach (Dem.) warnt vor Uebertreibungen auf diesem Gebiete. Er selbst habe Dank von einer Mutter bekommen, daß er sie — trotz ihrer damaligen Schwermut — nicht vom Rinde befreit habe, weil sie ihren anderen Sohn im Kriege verloren hat. Er habe erlebt, daß Kellerinnen dadurch vor dem Abrufen in die Prostitution bewahrt wurden, daß sie ihr Kind austragen und nur ihre verantwortliche Aufgabe darin sahen, es einwandfrei aufzuziehen.

Ministerialdirektor Schäfer (Reichsjustizministerium) wies zu dem Abänderungsantrag des Abg. Kauf, der die Worte „nicht anders abwendbar“ streichen wollte und der einem Wunsch des Reichsbundes entspreche, darauf hin, daß der Art. 67 gemäß § 254 handelt, unter dem allgemeinen Verhältnissprinzip stehe. Demgemäß werde der pflichtgemäß abwägende und handelnde Arzt unbedenklich um medizinische Streitfragen, Profos sein. Durch die Streichung würde im Sinne der Antragsteller auch nichts gewonnen sein, denn in jedem Fall müßte der Begriff „erforderlich“ gemeint sein, und „erforderlich“ sei er eben nur, wenn die Gefahr nicht anders abwendbar sei.

Die Mehrausgaben des Reiches 1929

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Uebersicht über die Gestaltung der Reichseinnahmen und -ausgaben in den vergangenen Jahren gegeben. Bezüglich des Rechnungsergebnisses für das Jahr 1928 wird festgestellt, daß der ordentliche Haushalt mit einem Hehlbetrag von 154,4 Millionen abschließt. Die Einnahmen betragen 10 277,8 Millionen, die Ausgaben 10 432,2 Millionen, so daß ein Einnahmehüberschuß von 154,4 Millionen vorhanden war.

des Abg. Schermann, der bei Nichtvorliegen einer Schwangerschaft Straflosigkeit erfordere, müsse er namens der Reichsregierung entschieden widersprechen.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) erklärt gegenüber Mißdeutungen und Anfechtungen seiner früheren ausführlichen Darlegungen zur Vorlage und zu den von ihm mit seinen Zentrumsfreunden eingebrachten Änderungsanträgen, den Zentrumsstandpunkt nach der grundsätzlichen Seite noch einmal festlegen zu wollen:

1. Seine Partei erblicke in den Strafparagrafen über Abtreibung kein Allheilmittel gegen die aus kirchlich-ethischen wie haarscherbenden und bevölkerungspolitischen Erwägungen gleichmäßig gefährlichen und verhängnisvollen Mittel zur Unterbrechung der Schwangerschaft, sondern sie lege noch wie vor den Schwerpunkt auf durchgreifende und großzügige Maßnahmen der Sozial-, Wohnungs- und Bevölkerungspolitik. Aber eine angemessene und gerechte Bestrafung der Abtreibung sei aus ethischen und sozial-kulturellen Gründen unentbehrlich.

2. Seine Partei verbleibe ferner bei der grundsätzlichen Auffassung, daß keine Strafparagrafen gegen Sittengesetze und Naturrecht verstoßen dürfe, daß aber keineswegs alle Gebote des Naturrechts und des Sittengesetzes unter Strafe zu stellen seien, sondern nur diejenigen, die der Sicherung des Staatsganzen und dem notwendigen Schutze der Staatsbürger dienen. Von diesen grundlegenden Auffassungen seien auch die der Ethik und Sozialkultur wie den Staatsnotwendigkeiten gleichmäßig dienenden Zentrumsanträge beherrscht. Dabei falle ins Gewicht, daß die stärksten Hemmungen gegen eine ethische und sozial-kulturelle Bevölkerungspolitik sich erfahrungsgemäß in drei Städten vollzöge, nämlich zunächst durch Antikonzeptionsmittel, dann durch Abtreibungsmittel und schließlich durch Kindessterben. Die Darlegungen verschiedener Vorredner über grundsätzliche Einstellung und Jurisdiktion der katholischen Kirche seien durchaus verfehlt, so wohl für die Vergangenheit und Gegenwart wie für die Zukunft. Die katholische Kirche habe nach der grundsätzlichen Seite niemals geschwankt und werde auch in Zukunft ihre grundsätzliche scharf ablehnende Stellung gegen jegliche Kontrazeptionsmaßnahmen und Abtreibungsmittel treu bewahren. Bezüglich einer Geburtenbeschränkung könne nur Beherrschung des Geschlechtstriebes als erlaubt in Betracht kommen.

Schließlich begründet der Redner den Antrag Emminger & Bell, wodurch außer den gemeinverbreiteten Abtreibungen eine zweijährige Verjährungsfrist für Abtreibungen normiert werden soll.

abgenannte Hehlbetrag. Gegenüber dem Haushaltsjahr sind insgesamt 337,6 Millionen mehr ausgegeben worden, wovon 194,3 Millionen auf Steueranteile der Länder entfallen. Wehr-Einnahmen waren 183,2 Millionen zu verzeichnen, wovon 182,4 Millionen auf Steuern usw. entfallen.

Im Wehrausgaben über das Haushaltsjahr hinaus sind folgende Kosten bemerkenswert: Für Unwehrfähigkeiten und das Panzerkreuzerbootbegehren 5,3 Millionen, beim Reichsarbeitsministerium rund 50 Millionen für die Saisonarbeiterunterstützung und für die Aufräumungsarbeiten, an Kriegsbeschädigten und für Heilbehandlung im Rahmen der Militärversorgung etwa 75 Millionen, für ungedeckte Beschäftigten 52 Millionen, Zuschüsse für Reparationskostenleistungen rund 11 Millionen usw. Der außerordentliche Haushalt wies am Ende des Rechnungsjahres 1928 eine Gesamtverschuldung von 301,5 Millionen auf.

Beamtenschaft für Politik und Verwaltung, Dr. G. Gersch: für Sozialen und Sport: H. Jahn; für Kurieren: K. Lang, alle in Dresden, Poststraße 11. Druck und Verlag: Germania N.-G., Walle 17/18.

Nimmermüde Hände ruhen nun für immer! Nach schwerem mit großer Geduld ertragenem Leid verschied am 11. Juni unsere liebe treusorgende Mutter, die Gastwirtin Frau Katharina verw. Glausch Die trauernden Kinder. Dresden, Industriestraße 26. Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juni, nachm. 3 Uhr auf dem Äußeren kath. Friedhofe, Bremer Str., statt. R. I. P.

Zur Firmungsfeier! Im Verlage der Germania N.-G. Filiale Dresden sind mit oberhöflicher Genehmigung zwei kleine Druckschriften erschienen, die die liturgischen Gebete bei Spendung der heiligen Einnahme enthalten. Jedes der beiden Schriftchen eignet sich zum Gebrauche für die Firmung. Der Preis stellt sich bei achtjähriger Auslieferung auf 10 Pf., bei vierjähriger auf 5 Pf. das Stück. Sammelbezug durch die hochwürdigsten Pfarrämter dürfte sich empfehlen. Auf Wunsch sehen Muster jederzeit zur Verfügung. Bestellungen bei der Germania N.-G. Filiale Dresden Dresden-N. 1, Poststraße 17

6 Tage Dillseestrand und Hochseefahrt nach Dänemark! Billige Sonderzüge, genußreich und bequem: Gellu auf Rügen, Graal-Müritz und Jangst, Helgoland. 8 Tage Seebadurlaub in den bekanntesten Ostseebädern. In Gesamtpreis sind alle Leistungen eingeschlossen. Keine Nachzahlung. Alle Stationen von Lübeck aus und zurück. Fahrkartenverkauf für die Rande- und Gesellschaftsfahrten der Reichspost und Kraftverkehrs Prellanast G. u. G. Auskunft über weitere Reisen, Prospekte und Einzelheiten: Verkehrsvereinsbüro „Rückblick“ Ballerh. 11/12 Dresden, Bismarckstr. 19. Telefon: 15299. Jena: 16784.

Katholische Literatur Reiseführer Alben von Dresden u. Umgegend Briefpapier und Ansichtskarten empfindlich Katholische Buchhandlung Paul Schmidt Dresden-N., Neumarkt 12

Die Reihfederer sind immer das Schönste auf jeden Hut. Jetzt außergewöhnlich billig 10 Stiele nur 1 M. bei HESSE Dresden, Schollstr. 12 Parterre, I. bis IV Etage

Geburtsanzeigen Verlobungsanzeigen Vermählungsanzeigen Traueranzeigen sollten Katholiken vor allem der Sächsischen Volkszeitung zuweisen.

Dresdner Theater Opernhaus, Die Komödie, Residenz-Theater, Königs-Hof-Theater, Stadt-Planetarium, Täglich 16 Uhr: Der Wander unter dem Himmelszelt, 17 1/2 Uhr: Eine Reise zum Äquator, Sögl. bis 15 Mark zu verdienen. Näheres im Prospekt mit Garantieheften. Viele Dankschreiben! Joh. H. Schulz, Abdruckverlag, Köln 1/636.

Nummer 10

Die ne... tagabge... wiederholt... wie als we... innenpolit...

Ein...

In den... schlugen... des geltende... der Wahlkrei... bindung auf... Die Notwend... sehr aus der... automatische... beiliegung der... dingt gezeig... Stimmen ge... schon ein gro... der Reichspol... verbindungs... lassen. Eine... sichtlich mind... liste bringen... Wählerkraft... schon 75 Rele... man die Wa... Mandat bew... einer Mand... von 80 Proze... beteiligung u... Mandat erfo... mehr auf die... Einzelstimme... freie zusam... halten, daß f... ner wird un... kommt. Die... Reich als ei...

In diese... bislang noch... gekommen ist... man nicht mi... Das kann m... behrt der inn... ten, daß die... der Volkstim... es voraus, d... sind. Das is... sich durch au... Stimmen wo... nicht für die... dies System... Stimmen kon... fänden sind... Mandats ver... ruht keinesw... amtlichen St... Landtag hie... verfahrens: ten, doch wur... bestimmt, daß... entfällt.“ E... teien zweima... Parteien glei... Wenn wi... wenden und... für die einzel... nen Stimmen... wesentlich ver... wirkliche Ver... wären aber d... der National... Mandat, so er... die Wahlkrei... Ergebnis:

Sozialdemokra... Deutschnationa... Zentrum... Bayerische Volk... Deutsche Volk... Demokraten... Wirtschaftspar... Kommunisten... Nationalsozialis... Bauernpartei...